Ilko-Sascha Kowalczuk

Trennendes überwinden – 35 Jahre Demokratie in Thüringen.

Festrede zum Festakt aus Anlass von 35 Jahren Thüringer Landtag und 32 Jahren Verfassung des Freistaats Thüringen am Tag der Verfassung

25. Oktober 2025
Thüringer Landtag, Erfurt

Liebe Bürger*innen, liebe Bürger,
bereits in den ersten politischen Aufrufen 1989 war die Forderung zu lesen, dass die zentralistische Staatsstruktur in der DDR abgeschafft gehört. Am 24. Juli 1989 schrieben Markus Meckel und Martin Gutzeit in ihrem Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR, dass die Länder wieder hergestellt werden müssten. Es ging darum, föderale Strukturen zu etablieren als Vorbedingung demokratischer Entscheidungsprozesse.

Niemand anderes als Walter Ulbricht – der als kommunistischer Funktionär erste Stufen auf der Karriereleiter erklommen hatte, als er im April 1921 die KPD in Groß-Thüringen als Chef übernahm und es bis Januar 1923 blieb, übrigens zunächst hier in Erfurt, das damals nicht zum damaligen Groß-Thüringen, sondern noch zur Provinz Sachsen gehörte, weshalb Ulbricht mit der KPD nach Jena umzog – hatte nach 1945 immer und immer wieder gegen föderale Strukturen polemisiert. Als Organisationstalent wusste er, wie schwierig diktatorische Staatsstrukturen gegen föderale Staatsprinzipen durchsetzbar seien. Insofern war die Bildung der DDR-Bezirke 1952 ebenso systemlogisch wie die gegen die SED-Herrschaft gerichtete Forderung 1989, die Länder wieder einzuführen, um eine Demokratisierung des Staats zu ermöglichen.

Der Landtag Thüringens residiert seit 2002 in der Jürgen-Fuchs-Straße. Jürgen Fuchs, der am 19. Dezember 2025 75 Jahre alt geworden wäre, studierte in Jena, geriet mit dem SED-Staat in Konflikt, wurde 1975 exmatrikuliert, kam anschließend mit seiner Frau Lilo auf dem Grundstück von Robert und Katja Havemann in Grünheide bei Berlin unter und ist nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976 verhaftet worden. Der junge Dichter hatte sich als scharfsinniger Kritiker der SED-Diktatur erwiesen. Aus fast 300-tägiger Einzelhaft heraus ist er nach West-Berlin abgeschoben worden.

Seine Stimme blieb laut – seine Bücher gehörten im Untergrund der DDR zur heiß begehrten Ware. In West-Berlin verübten SED und MfS Mordanschläge auf ihn. Er erhob auch im Westen weiter seine Stimme gegen die SED-Diktatur, gegen alle Diktaturen. Ab Herbst 1989, als die Freiheitsrevolution die SED-Diktatur hinwegfegte, machte Fuchs sich stark für eine rückhaltlose Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft. Mit nur 48 verstarb er an einer seltenen Leukämieerkrankung. Sein Freund Wolf Biermann sprach von einer strahlenverursachten Todeskrankheit.

Pfarrer Matthias Storck, selbst 14 Monate in Haft in der DDR, drückte es auf der Trauerfeier so aus: Jürgens Tod sei menschengemacht gewesen. Sein früher Tod hinterließ eine schmerzliche Lücke.

In dem Gedichtband „Pappkameraden“ publizierte Jürgen Fuchs 1981 das folgende Gedicht:

Anna Achmatowa, was
Soll ich tun.
Wieder
Fangen Sie an
Den Mörder zu verherrlichen
Ihre Zeitungen drucken lange Artikel
Sie nennen ihn einen „Staatsmann“
Einen „führenden Funktionär“
Gestern sah ich
Seine herrischen Augen auf einem Plakat
Laut
Und belehrend
Sprechen sie von „Frieden“ und „Sozialismus“
Als ob nichts geschehen wäre
Ossip Mandelstam, Jewgenia Ginsburg
Isaak Babel
Was soll ich nur tun

Mir kommt es vor, als hätte Jürgen dieses Gedicht gerade geschrieben – mit Blick auf unsere Gegenwart.

„Was soll ich nur tun“ angesichts der zunehmenden und verbreiteten Verherrlichung von Massenmord, Mauer, Putin, SED-Diktatur?

(Herr Ministerpräsident, entschuldigen Sie, wenn ich Ihnen widerspreche – der Krieg findet nicht an den Grenzen Europas statt, sondern inmitten Europas.)

„Was soll ich nur tun“ angesichts der Verächtlichmachung von Opfern der SED-Diktatur, von Opfern Putins, angesichts ungezügelten Hasses und der Sehnsucht nach autoritären Staatsstrukturen?

„Was soll ich nur tun“ angesichts des Umstands, dass sich viele Menschen in der Rückschau eine DDR zusammenbasteln, die es nie gab, eine DDR erinnern, die keine Diktatur war?

„Was soll ich nur tun“ angesichts von Retroshows, bei der der einst so ungeliebte Trabi zum Kultobjekt ernannt wird, einem angeblichen Kultobjekt, das ganz maßgeblich zum Untergang der DDR beitrug?

„Was soll ich nur tun“ angesichts Erinnerungsparaden für S 50 und S 51, die es zwei Millionen Mal gab, die es nur deswegen gab, weil es nichts anderes gab, die in keinem an jeder DDR-Schule inoffiziell gespielten Westkarten-Auto-Motorrad-Quartett es auch nur auf den letzten Platz geschafft hätten?

„Was soll ich nur tun“ angesichts des Umstands, dass Hessen auf der S 51 durchs Land rollen, symbolisch eine blaue Welle verursachen und dabei von einer DDR 2.0 schwadronieren, die angeblich drohe, weshalb „Vollende die Wende“ zum Macherslogan werden müsse?

„Was soll ich nur tun“ – ich kann mit meinen Mitteln zum Beispiel der Frage nachspüren: Warum gab es 1989 überhaupt eine Freiheitsrevolution?

Die DDR war am Ende – in jeder Hinsicht. So einfach ist das. Allerdings: Millionen hielten fest und treu zum SED-Staat. Nur verteidigen mochten sie ihn nicht mehr, weil kaum jemand darin mehr einen Sinn sah, weil alles seinen „sozialistischen Gang“ ging, sprich: nichts ging mehr. Fast niemand mehr wollte 1989 die DDR so behalten, wie sie war. Weniger geläufig ist freilich die Tatsache, dass wie bei fast jeder Revolution auch in der DDR nur eine kleine Minderheit bis Ende Oktober 1989 politisch aktiv wurde und gegen die Diktatur kämpfte. In der gesamten DDR hatten bis Ende September 1989 gerade einmal 3.000 mutige Menschen den Gründungsaufruf des „Neuen Forums“ unterzeichnet; einen Monat später waren es auch nur 20.000. Die anderen Bürgerbewegungen blieben noch überschaubarer. Der stärkste Revolutionsmotor waren die Flüchtenden – Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht mehr auf die Zukunft warten wollten, sondern ihre Geschicke fortan selbst in die Hände nehmen wollten. Bis zum 9. November 1989 flohen oder gingen etwa 270.000 Menschen allein 1989. Seit 1949 waren es fünf Millionen – nach 1990 kamen noch einmal so viele hinzu. Warum wohl?

Flüchtende Menschen gehen immer wegen einer Notlage – humane Gesellschaften nehmen sich ihrer an. Die Geflüchteten als Revolutionsmotoren inspirierten fast jeden Zurückgebliebenen, sich zu fragen: bleiben oder gehen? Und heißt bleiben weiter schweigen oder aktiv werden, zum Bürger werden? Bis zum 31. Oktober 1989 schwieg die große Mehrheit im Land weiter. Auch wenn wir die großen Massendemonstrationen im Oktober erinnern als Höhepunkte demokratischer und freiheitlicher Selbstermächtigung – es waren Ereignisse einer Minderheit.

Hier in Thüringen war Erfurt ein Zentrum der Proteste – und auch hier beteiligten sich maximal zehn Prozent der Menschen, so wie im ganzen Land nur zwischen fünf und zehn Prozent aktiv geworden waren, so wie es bis Ende Oktober 1989 nur in fünf bis zehn Prozent aller Städte und Gemeinden zu oppositionellen Protesten gekommen war. Die meisten standen hinter der Gardine, schwiegen, warteten ab, taten nichts. Und in dem Moment, als die Revolution gesiegt hatte, rannte diese Mehrheit siegestrunken auf die Straße und glaubt seither, Teil der Freiheitsbewegung gewesen zu sein. Vergangenheit ist meist nicht das, was wir als Geschichte erinnern. Daher wird auch nicht erinnert, dass die größte Bewegung im Herbst 1989 „Für unser Land“ hieß, die am 26. November 1989 Christa Wolf im DDR-Fernsehen vorlas.

In diesem Aufruf hieß es unter anderem:

> „Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind. Oder wir müssen dulden [...], daß ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt wird. [...] Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind."

Diesen Aufruf haben binnen weniger Tage 1,1 Millionen Menschen unterzeichnet. Kein anderer Aufruf schaffte das im Herbst auch nur ansatzweise. Wenn man sich diese Worte genau durchliest und versteht, was hier für einen Gegenbild zur Bundesrepublik gezeichnet wird, dann versteht man vielleicht auch etwas genauer, was sich heute abspielt: Die DDR als Hort des Antifaschismus, der Umweltbewahrung, der Solidarität, des Friedens – all das, was die Bundesrepublik angeblich nicht war und nicht ist. Und das in einem Moment, da 99 Prozent aller DDR-Menschen, zum Beispiel, die Umweltkatastrophe in der DDR als eine der wichtigsten Ursachen für den Systemsturz ansahen.

Als am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen in der DDR stattfanden, wählten über zwei Millionen Menschen, fast zwanzig Prozent der Wählenden, die PDS oder eine andere Partei/Gruppierung, die genau dafür einstand, was die Einheits- und Freiheitsgegner im Aufruf „Für unser Land" hatten verlautbaren lassen. Aber 75 Prozent wählten den schnellsten Weg zur deutschen Einheit – die Einheit nach Art. 23 GG und somit auch den schnellsten Weg zur D-Mark. Die eigentliche Zäsur Ostdeutschlands war der 1. Juli 1990 – die Einführung der D-Mark im Osten. Eine soziale und wirtschaftliche Unwucht größeren Ausmaßes stellte sich ein – eine herbeigewählte, eine selbstbestimmte. Nirgends im postkommunistischen Raum war der Transformationsprozess so schnell und radikal wie in Ostdeutschland. Und nirgends fiel eine ganze Gesellschaft sozial so weich wie in Ostdeutschland – der bundesdeutsche Sozialstaat federte in einem Maße ab, wie es nirgends sonst auch nur ansatzweise so erfolgte.

Der harte soziale Transformationsprozess war nicht einem Ausverkauf geschuldet, sondern einer untragbaren SED-Wirtschafts-, Sozial- und Konsumpolitik. Trabant und S 51 waren keine Kultobjekte, sondern verspottete Güter, die mangels Alternativen benutzt werden mussten, die aber maßgeblich dazu beigetragen hatten, dass die Mehrheit der DDR-Menschen mit der realen DDR nichts mehr zu tun habe wollte. Auch diese Güter landeten 1990 auf dem Müll. Nun werden sie hervorgekramt, weil sich einige gern nostalgisch erinnern. Daran ist überhaupt nichts auszusetzen. Aber sie werden eben auch als politische Identitätssymbole in Szene gesetzt, um einen Alltag in der Diktatur zu verharmlosen. Warum? Um Hass auf den Westen zu schüren – Hass auf den Westen ist ein Band, das heute viele Menschen im Osten zusammenführt. Ein ungezügelter Hass, der landauf, landab zu beobachten ist – und über den kaum jemand reden mag.

Jürgen Fuchs schrieb in dem erwähnten Lyrikband auch: „Was denn, was ist denn, Liegestütze, aber runter mit Ihnen, zuckst zusammen, ziehst den Kopf ein und bist erleichtert, weil ein anderer gemeint ist.“ Armee und Schule waren in der DDR eine Einheit. Keine andere Gesellschaft war derart nach 1945 militarisiert wie die DDR. Reiner Kunze hat in seinen „wunderbaren Jahren“ auch einen „Fahnenappell“ beschrieben, ein wöchentliches Ritual, mit dem jedes Kind in der DDR mindestens zehn Jahre lang kollektiviert werden sollte, so lange, bis die Individualität geschliffen war – für die Jungs kam dann der NVA-Wehrdienst, der – auch das hat Jürgen Fuchs eindringlich in zwei Romanen beschrieben – nichts weiter zum Ziel hatte, als die Individualität zu brechen. Bei Kunze heißt es am Ende zum Fahnenappell: „Zu bestimmten Anlässen steht der Direktor der Erweiterten Oberschule in X in Uniform neben der Fahne.“

Im SED-Staat stand eines ganz oben auf der ideologischen Agenda: Hass, die Erziehung zum Hass. Auch dafür waren die Schulen zuständig – aber nicht allein. Die bis heute von vielen gepriesene SED-Friedenspolitik war nie eine, denn im Kern war sie getragen von einer Hassideologie: Hass auf den Klassenfeind. Hass auf den Kapitalismus. Hass auf den Kapitalisten. Hass auf den Abweichler. Hass auf den Renegaten. Hass auf die anderen. Es war eine Erziehungsdiktatur, der sich alle zu unterwerfen hatten.

Ein wesentlicher Schlüssel dieser Diktatur war die Erziehung zum Hass, zum Hass auf alles, was nicht ins Konzept passt. Kernelement dieser Hasserziehung war die Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Alltags von der Kinderkrippe bis zum Altenheim. Das alles war so selbstverständlich und in alle gesellschaftlichen Bereiche so stark integriert, dass es den meisten irgendwann nicht mehr auffiel und sie es auch nach 1990 sehr schnell vergessen haben: In den Knochen und Geistern freilich steckt es tief verankert. Und wird am Abendbrottisch bis heute weitergegeben – von Generation zu Generation.

Zum Hass gehört die Gewalt, die als etwas ganz Selbstverständliches gelehrt und vorgeführt wurde. Das Gift war in alle Poren der Gesellschaft gestreut worden. Die DDR war kein Friedensstaat, sondern ein Staat des Hasses und des permanenten Krieges gegen die eigene Gesellschaft. Stacheldraht und Mauer, die Unvollkommenheit der Realität bedurften einer Begründung und diese lag vor der Haustür: Egal worum es ging, an allem war der Westen schuld. Nie wurde Verantwortung für das eigene Versagen, die eigene Schuld übernommen. Jeder DDR-Mensch bekam eingebläut, was auch immer geschehe, schuld sei der Westen, der dortige Staat, der Kapitalismus, die dortige Unfreiheit, die diese Faschisten als Freiheit verkaufen, die gekaufte Demokratie, die nichts als Unheil für die Menschen bringe.

Die Leugnung jeglicher Eigenverantwortung ist eine bequeme Sache, die leicht zu übernehmen ist, und das in einem Staat, der ohnehin die organisierte Verantwortungslosigkeit zur Staatsraison erhoben hatte. Die Kommunisten bauten einen Käfig, in dem sich viele durchaus wohl fühlten – und umso länger er verschwunden ist, umso bequemer und wohlfühliger erscheint er nicht wenigen im Rückblick zu sein. Kaum jemand will die Mauer zurück, kaum jemand den SED-Staat.

Aber die Bequemlichkeit des SED-Staates, die Delegierung von Verantwortung an den Staat, die Delegierung von eigener Verantwortung an irgendwelche finsteren Mächte, danach sehnen sich heute mehr Menschen, als vielen bewusst ist. Sie lehnen die „BRD“ ab und rufen nach dem starken Staat, einem sehr starken Staat. Und sie fühlen sich dabei als Opfer.

Viele Ostdeutsche haben sich seit Jahren eingerichtet in diesem Opferdasein – schuld sind immer die anderen. Extremisten von links wie rechts bedienen dieses Narrativ. Sie machen ebenfalls für alles den Staat verantwortlich, den sie schleifen, stutzen wollen, um zugleich anzustreben – und sie machen daraus auch kein Hehl, liest man ihre Schriften – einen mächtigen, nämlich einen autoritären Staat, wie ihn Putin verkörpert oder Trump verspricht, als Alternative für Deutschland oder als Bündnis für Stalins Wiedergeburt aufbauen zu wollen. Das funktioniert vor allem dort gut, wo Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Illiberalismus als Tugenden, als legitime Meinungen anerkannt werden. Das ist die Quelle von Faschismus. Nur: Faschismus ist keine Meinung. Mit Faschisten diskutiert man nicht.

Freiheit lässt sich nur in der Freiheit verraten. Jede Russlandfahne in Europa stellt heute einen Verrat an der Freiheit dar, bedeutet eine Verherrlichung der Diktatur und ihrer Verbrechen.

Freiheit bedeutet, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen und sich das Recht herauszunehmen, mitreden, mitgestalten, mitentscheiden zu wollen. Tatsächlich hat ein größerer Teil der Ostdeutschen einen „Freiheitsschock“ erlitten, als es darum ging, die Gestaltung eigener Wege in die Hände zu nehmen. Sie waren es nicht gewohnt. Die „Ideen von 1989“ waren Freiheitsideen – solche waren in der Geschichte zu selten mehrheitsfähig.

Alexis de Tocqueville erkannte Mitte des 19. Jahrhunderts eine Gefahr, die die Demokratie in sich barg: die Tyrannei der Mehrheit. Die Diktatur der Mehrheit droht dort, wo Minderheitenrechte ignoriert werden.

In seinem großen Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ warnte Karl Raimund Popper 1945 im neuseeländischen Exil, die Offenheit von Freiheit dürfe nicht dazu führen, dass sie ihren Feinden gegenüber tatenlos bleibt, weil sie ihnen begegnet wie den Anhängern der offenen Gesellschaft selbst:

> „Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden von Toleranz. Denn wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranten zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“

Dass viele Menschen in unserem Land glauben, sie könnten nicht mehr frei ihre Meinung sagen, ist übrigens kein Indiz dafür, dass es so ist – es ist nur ein Indiz dafür, das genau dieser Eindruck Tag für Tag erzeugt wird. Wir können uns sicher sein, dass diejenigen, die behaupten, man dürfe ja nicht mehr alles sagen, dafür sorgen werden, wenn sie an die Macht gekommen sind – siehe Trump oder Putin –, dass man tatsächlich vieles nicht mehr sagen darf.

Demokratie ist keine Konsensangelegenheit. Demokratie ist ein Kompromissgeschäft. Wir brauchen viele Kompromisse, um unser Land voranzubringen. Das wird aber nicht gelingen, wenn weiter in der Öffentlichkeit vor allem Skandalbilder und Untergangsszenarios gezeichnet werden. Wir leben in einem der reichsten, der sozialsten, der sichersten, der freiheitlichsten und demokratischsten Ländern der Welt, ja, der Weltgeschichte. Es ist doch etwas nicht richtig, wenn es heute schon des Mutes und der Zivilcourage bedarf, um diese Wahrheit auszusprechen.

Schauen Sie sich Ihr wunderschönes Thüringen an. Es gedeiht und ist ein Musterländle geworden – mit vielen Problemen, natürlich. Aber die gibt es überall auf der Welt. Die Welt ist kleiner geworden, Globalisierung und digitale Revolution haben alles im wahrsten Sinne des Wortes miteinander vernetzt. Thüringen gehört heute zu den reichsten, sozialsten, sichersten und freiheitlichsten Regionen in Europa.

Ist Ihnen das eigentlich bewusst? Nein? Dann machen Sie die Fenster auf, lassen die stickige Luft raus und schauen Sie, wie die Welt sonst so aussieht. Dann werden Sie schätzen können, was Sie haben, was wir haben. Dann können Sie frohen Mutes die vielen Aufgaben für die Zukunft anpacken und können jenen vertrauen, die nicht zerstören, sondern bewältigen, anpacken, konstruktiv verändern und der Jugend eine lebenswerte Gesellschaft hinterlassen wollen.

Aber das werden die demokratischen Parteien nicht allein schaffen, nicht gegen die Extremisten von der NoAfD oder den Putintreuen, sondern dazu bedarf es gesellschaftspolitischer Verantwortungsübernahme von vielen Menschen auch jenseits der Parteien, dazu bedarf es einer lebendigen Zivilgesellschaft. Ehren Sie das Ehrenamt – das Rückgrat unserer Demokratie und Freiheit.

Demokratie funktioniert nur mit demokratischem Einmischen. Freiheit bedeutet sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen und soziale Verantwortung zu übernehmen. Und Engagement bedarf positiver Grunderzählungen – Thüringen ist in vielerlei Hinsicht wie die anderen ostdeutschen Länder eine Erfolgsgeschichte. Erzählen Sie sich diese, um Zuversicht für die Zukunft fassen.

Glauben Sie mir, solche positiven Erzählungen liegen nicht nur überall auf der Hand – sie sind auch das, was die Extremisten am meisten fürchten. Wir haben es in der Hand, Freiheit und Demokratie im Sinne des Grundgesetzes und der Thüringer Landesverfassung zu verteidigen und zu stärken.

Vielen Dank.